

## Die Mitte unter Druck



**umSteuern**  
Freiheit braucht Mut!



Eine Initiative der  
Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit

# DIE MITTE UNTER DRUCK

Thomas Volkmann

## Impressum:

Friedrich Naumann-Stiftung für die Freiheit

Dr. Kerstin Funk

Karl-Marx-Straße 2

14482 Potsdam

Tel.: 03 31.70 19-2 36

Fax: 03 31.70 19-2 16

[info@umsteuern.org](mailto:info@umsteuern.org)

[www.umsteuern.org](http://www.umsteuern.org)

Produktion

COMDOK GmbH

Büro Berlin

1. Auflage

Liberales Institut  
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

## Inhalt

<b>1. Einleitung</b>	5
1.1 Die Mitte – nicht Schicht, nicht Stand, sondern Kern der Bürgergesellschaft	6
1.2 Überforderungen der Mitte	7
1.3 Die Gefährdungen der Mitte als neue soziale Frage, der Abstieg der Bürger als der moderne soziale Konflikt	8
1.4 Die Rechte und die Optionen der Mitte gegen einen übergreifenden Staat und gegen die Erstarrung der Gesellschaft durchsetzen	9
<b>2. Das Selbstverständnis der Mitte</b>	11
2.1 „Mitte“ als eine nach Einstellungen und Weltanschauungen klar konturierte Gruppe?	11
2.2 „Mitte“ als sozioökonomischer Status	12
2.3 Die wirtschaftliche Situation der Mitte	13
2.4 Aspekte der Zufriedenheit mit Haushaltseinkommen und Status	15
<b>3. Gefährdungen der Mitte</b>	17
3.1 Der Steuerstaat	17
3.2 Der entmündigende und bevormundende Staat	19
3.3 Der Kräfte raubende Staat	20
3.4 Die Mitte zwischen Abstiegsangst und Frustration	22
<b>4. Politik für die Mitte</b>	26
Über den Autor	28

## 1. Einleitung

Die klassische „Mitte“ der Gesellschaft – sei sie nun Mittelstand genannt, Mittelschicht oder Bürgertum – droht aus dem Blickfeld zu verschwinden. Die Diskussionen von Politik und Wissenschaft drehen sich um „die ganz oben“ und „die ganz unten“, aber selten nur um „die in der Mitte“. Nachdem der gesellschaftlichen Mitte jahrzehntelang keine besondere Aufmerksamkeit zuteil geworden<sup>1</sup> und sie insbesondere von der soziologischen Ungleichheitsforschung als wenig interessant beurteilt worden war<sup>2</sup>, erlebte „die Mitte“ zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein kurzes Aufblühen und fand sich im Vokabular fast jeder politischen Denkrichtung verankert. Viel wurde über „die Mitte“ gesprochen – aber wenig wurde für sie getan. Ganz im Gegenteil: Durch viele politische Entscheidungen wurden die Angehörigen der mittleren gesellschaftlichen Schicht sogar negativ betroffen, weil ihre Interessen gegenüber denen anderer gesellschaftlicher Schichten als weniger dringlich oder weniger schutzbedürftig angesehen wurden.

Der Bedeutung, die „die Mitte“ für die Entwicklung der Gesellschaft hat, trägt dies nicht ausreichend Rechnung. Diese Mitte trägt unser Land. In der pluralistischen Gesellschaft fällt ihr die Rolle des Motors zu. Heute bildet die Mitte den Teil der Bevölkerung, der – ohne notwendigerweise über Spitzeneinkommen zu verfügen – von Erwerbsarbeit lebt und sich damit Vermögen zur Sicherung der eigenen unabhängigen Existenz ansparen möchte. Die Mitte – das ist der Ausweis einer Gesellschaft, die die Werte von Selbständigkeit, Leistung, Engagement und Freiheit anerkennt und ihre Bürger auch daran teilhaben lässt.

Diese Mitte ist in Bedrängnis geraten, sie steht unter Druck. Sie verliert hierzulande zunehmend an Substanz und wird von der Politik bedrängt. Gleichzeitig nimmt der Anteil der in irgendeiner Form von staatlichen Mitteln abhängigen Menschen beständig zu. Im Jahr 2006 war nur noch für 39% aller Deutschen die eigene Erwerbsarbeit die wichtigste Unterhaltsquelle – 1991 hatte diese Quote noch bei 44,0% gelegen.

- 
- 1 so auch Hans-Peter Klös/Dominik H. Enste: Aufstiegs- und Generationenmobilität – Wege in die gesellschaftliche Mitte, in: Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung und Verantwortung, hrsg. von der Herbert-Quandt-Stiftung, Bad Homburg v.d. Höhe, Oktober 2008, S. 32 ff. (32).
  - 2 Holger Lengfeld/Jochen Hirschle, Die Angst der Mittelschicht vor dem Abstieg, Hagener Arbeitsberichte zur Soziologischen Gegenwartsdiagnose – HASG – Nr. 07/2008, S.3.

Diese Warnhinweise müssen erkannt und den mit einer Schwächung der Mitte verbundenen Gefährdungen der Freiheit muss konsequent entgegengewirkt werden. Die Probleme, vor denen die Mittelschicht in Deutschland steht, müssen wieder stärker in den Blickpunkt gerückt werden. Während ihre Leistungsfähigkeit und ihre soziale Bindungskraft immer noch umfassend abgefragt werden, sind die schutzwürdigen Interessen der wesentlich auf Eigenverantwortung und Wettbewerbsfähigkeit aufbauenden Mittelschicht in Vergessenheit geraten. So sieht sich die Mitte zunehmend mit der Sinnfrage „Warum sich engagieren?“ konfrontiert.

### 1.1 Die Mitte – nicht Schicht, nicht Stand, sondern Kern der Bürgergesellschaft

Die Kraft der Gesellschaft speist sich aus der Kultur des Bürgertums. Die geschichtliche Entwicklung Deutschlands ist eng mit der Entwicklung des Bürgertums verknüpft. Die Freiheit, und mit ihr die freiheitliche Gesellschaft, ruht auf drei Säulen. Grundlegend für die Garantie der Freiheit sind politische Demokratie und freie Marktwirtschaft. Aber erst die dritte Säule, die Bürgergesellschaft, verleiht dem Gebäude der Freiheit die notwendige Stabilität<sup>3</sup>.

Die Entwicklung der (und zur) Republik basiert auf der Entwicklung der Bürgergesellschaft. Sieht man die Staatsform der Republik als demokratietheoretischen Rahmen der freiheitlichen Bürgergesellschaft an, so wird die Bedeutung der Entstehung und Fortentwicklung des freien Bürgertums deutlich. Entstanden im Preußen des frühen 19. Jahrhunderts und gestärkt in der industriellen Revolution, überstand die so genannte Mittelschicht die antibürgerlichen Zeiten von Krieg und Diktatur in Deutschland und wirkte prägend auf die Entstehung der Bundesrepublik. Die Erlangung der staatlichen Einheit nach 1990 brachte die Ausweitung des republikanischen, demokratischen und marktwirtschaftlichen Systems und der Bürgergesellschaft auf ganz Deutschland, die jedoch ohne ein auch über die Jahre fest verwurzelttes Bürgertum in Deutschland nicht möglich gewesen wäre.

Die Mittelschicht hat mit Fleiß, mit Einsatzbereitschaft, Mut zur Eigenverantwortung und Selbstständigkeit, mit Fähigkeit zur Innovation und Disziplin das so genannte Wirtschaftswunder in den frühen Jahren der Republik von einem wirtschaftstheoretischen Denkgebäude zu einem festen Haus weiterentwickelt und aufgebaut. Wohlstand und gefestigte Demokratie in Deutschland wären ohne die Bürgertugenden der „Mitte“ nicht in diesem Maße zu verwirklichen

3 Ralf Dahrendorf, Der moderne soziale Konflikt, DVA, Stuttgart Mai 1994, S.45.

gewesen. Auch in den von tiefer Skepsis gegen alles Bürgerliche getragenen Protestzeiten Ende der Sechziger Jahre sorgte die „Mitte“ für gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Stabilität. Und seit den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts verspürt man gar einen Trend, der schon als „neue Bürgerlichkeit“ bezeichnet wird und der sich in ausdauernden sozialethischen Diskussionen im Rundfunk äußert, in großen Erfolgen Werte betonender Literatur, in Rückbesinnung auf Stilfragen und Moralanforderungen.

Die „Mitte“ ist sowohl gesellschaftlicher Stabilitätsanker, als auch wirtschaftlicher Motor. Liberalismus will die größtmögliche Freiheit des Einzelnen. Je größer die Freiheit, desto größer die Verantwortung. Verantwortung ist das ethische Fundament der freien Bürgergesellschaft. Das Prinzip „Freiheit durch Verantwortung“ begründet eine Bürgergesellschaft, in der Selbstorganisation und Mitmenslichkeit das republikanische Gemeinwesen prägen. Die liberale Bürgergesellschaft fordert und fördert die Übernahme von Verantwortung durch den Einzelnen.

### 1.2 Überforderungen der Mitte

Die „Mitte“ repräsentiert die übergroße Mehrheit in der Gesellschaft. Wenn die Mittelschicht tatsächlich ins Abrutschen gerät, hat dies nicht hoch genug einzuschätzende Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Aber auch das rein subjektive Gefühl einer Gefährdung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Position bei den Angehörigen dieser Mitte hat schon negative Auswirkungen.

Die Stärke der Mitte verführt zur Überbelastung in Krisenzeiten. Dabei geht es nicht nur um den Kreis derer, die mit gehobener Berufsqualifikation (in der Regel einem Studium) und einer entsprechenden beruflichen Stellung als Angestellte in Leitungsfunktionen eine Dienstleistungsfunktion ausüben<sup>4</sup>. Die Mittelschicht im Sinne des klassischen Bürgertums ist eine wesentlich umfassender angelegte Gruppe der Gesellschaft, zu der üblicherweise auch Handwerker, Bauern und Kleingewerbetreibende sowie Kaufleute, Freiberufler, Beamte, Angestellte gezählt werden.

Die Hauptprobleme entstehen aus einer Überforderung derjenigen, die diese Mittelschicht bilden, in finanzieller, wie in soziokultureller Hinsicht. Im Vertrauen auf die scheinbar geregelten Lebensumstände und im Rückgriff auf eine vermutete Leistungsfähigkeit der Angehörigen dieser gesellschaftlichen Gruppe werden

4 so aber eine Studie der Herbert-Quandt-Stiftung vom März 2007, in der FAZ vom 04.03.2007 mit dem Titel „Die Mittelschicht rutscht nicht ab“.

zu viele finanzintensive Maßnahmen beschlossen, die fast ausschließlich den anderen Gruppen zugute kommen. Die Auswirkungen werden bei vielen Meinungsumfragen deutlich, wenn zum Beispiel eine große Bevölkerungsmehrheit zwar Tendenzen eines wirtschaftlichen Aufschwungs feststellt, hiervon jedoch für sich selbst keine positiven Auswirkungen erwartet, oder wenn eine große Mehrheit die Zustände im Lande als ungerecht geißelt.

Die „Mitte“ dient zu oft nur als Finanzierungsinstrument des umfassenden Wohlfahrts- und Sozialstaats. Die pflichtbewusste und leistungsbereite Mittelschicht sieht sich durch regelmäßige Entrichtung von Steuern und Abgaben, durch zusätzliche Zahlungen aus eigenen Mitteln für Kindertagesstätten, Schul- oder Hochschulausbildung und andere Sozialkosten und durch eigene Anstrengungen zur Finanzierung privater Gesundheits- und Altersvorsorge hohen Kosten ausgesetzt. Die Angehörigen der Mittelschicht finanzieren in hohem Maße das Staatswesen. Dabei profitieren im Sozial- und Steuerstaat diejenigen mit, die entweder bei überproportionalen Einkommen durch „geschickte“ Steuersparmodelle und Buchungstricks, oder aber durch vollständigen Rückgriff auf Transferleistungen ohne eigene Anstrengung die öffentlichen Kassen leeren. So macht sich bei vielen Menschen das Gefühl breit, für einen sehr hohen finanziellen Einsatz nicht die angemessene „Rendite“ zu bekommen.

Fehlentwicklungen, wie das nicht mehr ausreichend funktionierende Lohnabstandsgebot, das den Bürger entmündigende, intransparente Steuersystem, Ungleichgewichtigungen zwischen Sozialtransfers und Einkommensbesteuerung, allgegenwärtige Einschränkungen der Wahlfreiheit und der Handlungsoptionen von Bürgern durch zunehmende Verrechtlichung, durch weiter wachsende Bürokratie oder durch Verbotsideologien entmutigen diejenigen Bürger, von deren Einfallsreichtum, Einsatzbereitschaft und Selbstbestimmtheit das gesellschaftliche Gefüge lebt.

Es entsteht aber nicht nur ein subjektives Gefühl wachsender Ungerechtigkeit, sondern es kommt auch zu realen finanziellen Verlusten bei den Zahlenden gegenüber denen, die Leistungen empfangen oder Steuern sparen. Die Krise des klassischen Steuerstaates wird offensichtlich, und mit ihr auch die Krise des Wohlfahrtsstaates oder „Daseinsvorsorgestaates“:

### 1.3 Die Gefährdung der Mitte als die neue soziale Frage, der Abstieg der Bürger als der moderne soziale Konflikt

Die Bürger der Mitte reagieren auf diese Krisen, auf eigene Zukunftsängste und auf das Gefühl von Überforderung und Gefährdung mit einer Mischung aus Ab-

kehr vom Gesellschaftsvertrag und innerer Emigration. Die Aufrufe aus Politik und Gesellschaft, als Bürger mehr Verantwortung zu übernehmen, verhallen nicht ungehört, aber sie stoßen auf die zunehmende Auffassung, ohnehin schon mehr an solidarischen Handlungen zu leisten, als selbst zu empfangen.

Die Mitte der freien Bürgergesellschaft ist der klassische Ort für eigenverantwortliche Lebensführung, für Risikobereitschaft, Einfallsreichtum und Fortschritt. Leider wird hierunter oft auch die Fähigkeit zu unbegrenzter Leistung, unbegrenzter Risikobewältigung und außerordentlicher Leidensfähigkeit verstanden. Die Art des Umgangs mit der Mitte der Gesellschaft entscheidet darüber, ob das riesige Potential dieser Gruppe Bindungswirkung entfaltet, oder Sprengkraft.

Der moderne soziale Konflikt behandelt den Kampf um Bürgerstatus und Lebenschancen. Er betrifft jedoch nicht nur Auseinandersetzungen zwischen denen, die „haben“ und denen, die „nicht haben“. Er betrifft vielmehr, und in immer stärker steigendem Umfang, die Anstrengungen derer, die derzeit haben, aber zu verlieren befürchten, und ihre Versuche, den Status Quo zu sichern, statt ihn zu verlieren, weil es derzeit unmöglich scheint, ihn zu verbessern. Er betrifft den Kern und die Mitte der Bürgergesellschaft.

Die um sich greifende Tristesse trifft offensichtlich nicht nur abgehangenes Prekariat und abgehobene Oberschicht. Sie wurzelt vielmehr gerade in der Mittelschicht und damit im Kern der Gesellschaft. Eine solche Entfremdung der Bürger vom „Staat“ wird auf Dauer negative Auswirkungen auf die Zukunftsfähigkeit der Bürgergesellschaft haben. Politische Demokratie ohne das Netzwerk der Bürgergesellschaft, so Dahrendorf<sup>5</sup>, schwebt entweder in der Luft, oder sie wird überfordert.

### 1.4 Die Rechte und die Optionen der Mitte gegen einen übergreifenden Staat und gegen die Erstarrung der Gesellschaft durchsetzen

Die Herausbildung eines selbstbewussten und reformorientierten Bürgertums in Deutschland ist untrennbar mit der Entstehung und dem Erstarken des Liberalismus im 19. Jahrhundert verbunden. Konservative Angst vor dem freien Bürgertum und linke Utopien in der Gesellschaftspolitik haben den Staat den Bürgern der Mitte entfremdet. Nach dem Wirtschaftswunder in den 50er Jahren, nach der republikanischen Selbstvergewisserung und Revolte in den 60er Jahren, nach der Wirtschaftskrise und zunehmender Internationalisierung in den 70er und 80er

<sup>5</sup> Ralf Dahrendorf, Auf der Suche nach einer neuen Ordnung, C.H.Beck, München 2003, S. 111.

Jahren und nach der Bewältigung der immensen Herausforderungen im Zuge der deutschen Einheit steht nun die Stärkung der freien Bürgergesellschaft an. Das gesellschaftliche Projekt der kommenden Jahre wird die Versöhnung der Bürger mit ihrem Staat sein, und die Agenda für dies Projekt ist das liberale Bündnis mit dem Bürger der gesellschaftlichen, derzeit bedrohten Mitte.

Dazu ist es erforderlich, die Gefährdungen, denen die Mitte derzeit in steigendem Maße ausgesetzt ist, zu erkennen, zu analysieren und abzustellen.

## 2. Das Selbstverständnis der „Mitte“

### 2.1 „Mitte“ als eine nach Einstellungen und Weltanschauungen klar konturierte Gruppe?

Die Mitte der Gesellschaft, um die es hier geht, ist als gesellschaftliche Gruppe schwer zu bestimmen. Udo Di Fabio definiert eine Mitte der Gesellschaft, die sich auf Grundrechte zur freien Entfaltung der Persönlichkeit, auf Demokratie, Rechtsstaat und sozialen Zusammenhalt gründet und über Werte bestimmt wird und will so eine „räumlich anschauliche Übersetzung für Diskussionen über die Identität einer Gesellschaft“ schaffen<sup>6</sup>. Von Renate Köcher werden Merkmale genannt, die zur Abgrenzung dienen sollen, wie z.B. Leistungsbereitschaft, Pflichtbewusstsein, soziales Engagement oder die Überzeugung, dass möglichst viel Verantwortung von den Bürgern getragen werden sollte<sup>7</sup>. Die gleiche Autorin stellt jedoch die Frage, „wieweit sich empirische Belege finden, dass es eine klar umrissene Mitte der Gesellschaft gibt, die von ihrer soziologischen Situation her relativ homogen ist“<sup>8</sup>. Dabei kommt sie zu dem Schluss, es gebe „relativ wenige Belege für die Hypothese, dass die soziökonomische Mittelschicht nicht nur in Bezug auf ihre wirtschaftliche Situation, sondern auch in Bezug auf ihre Einstellungen und Weltanschauungen eine klar konturierte Gruppe bildet“<sup>9</sup>.

Von wenig Erfolg gekrönt war infolgedessen auch der Versuch, im Wahljahr 1998 eine im wesentlichen dem vermuteten rot-grünen Wählermilieu entsprechende „Neue Mitte“ zu kreieren, die sich, wie ein Kommentator es zehn Jahre danach zusammenfasst, als „eine aufgeklärte, gut ausgebildete, gern in den neuen technischen Berufen arbeitende Schicht von dynamischen Berufstätigen und intelligenten Konsumenten“<sup>10</sup> zusammenfindet. Die Variablen Bildung und Stellung im Beruf ändern sich eben eher langsam und erschweren dadurch die für eine konkrete Beschreibung des Gruppencharakters notwendige Vergleichbarkeit der

6 Udo di Fabio, Was ist die Mitte der Gesellschaft?, Vortrag anlässlich des Dreikönigssessens des Nordrhein-Westfälischen Handwerktages am 11. Januar 2007 in Düsseldorf. Quelle: <http://www.iwikoeln.de/tabID/1871/ItemID/20680/language/de-DE/Default.aspx> (Stand: 16.03.2009).

7 Renate Köcher, Das Bewusstsein der Mittelschicht, in: FAZ vom 15.07.2008.

8 Renate Köcher, Demoskopische Annäherungen an die Mentalität der Mitte, in: Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung und Verantwortung, Societäts-Verlag, Bad Homburg v.d.H. 2008, S. 16.

9 Renate Köcher, ebda., S.22.

10 Gustav Seibt, Die ewige Mitte, in: Süddeutsche Zeitung vom 20.05.2008.

Lebensführung. Zudem ist die Selbsteinschätzung ohne dahinterstehende Absicherung durch andere Konstanten ein eher unsicherer Indikator<sup>11</sup>. Ein „soziales Milieu“, das sich als eine Gruppe Gleichgesinnter definiert, die jeweils ähnliche Werthaltungen, Prinzipien der Lebensgestaltung, Beziehungen zu Mitmenschen und Mentalitäten, die ihre Umwelt in ähnlicher Weise interpretieren und gestalten<sup>12</sup>, ist „die Mitte“ jedenfalls nur bedingt. So empfiehlt es sich, eine andere, strukturgebende Kategorie voranzustellen.

## 2.2 „Mitte“ als sozioökonomischer Status

Unter dem Sammelbegriff Mittelschicht werden in der Soziologie diejenigen Bevölkerungsgruppen bezeichnet, die sich in Bezug auf ihr Einkommen bzw. ihren Besitz weder der vermögenden Oberschicht noch der besitzlosen und einkommensschwachen Unterschicht zuordnen lassen. Sie wird gelegentlich auch in die obere, mittlere und untere Mittelschicht unterteilt.

Die Ausrichtung einer Definition der gesellschaftlichen Mitte nach der Einkommenssituation entspricht durchaus dem freiheitlichen Verständnis. Eigentum bedeutet Freiheit, weil die Verfügungsmacht über persönliche Mittel der Verwirklichung von Freiheit nützt und sie nahezu bedingt. Dementsprechend ist eine Operationalisierung der Einkommenssituation zur Bewertung der gesellschaftlichen Situation der Mitte ein probates Mittel, um eine Konstante zu konstruieren, anhand derer sich der gesellschaftliche Zustand der Mitte bewerten lässt.

Die Frage, wieweit empirisch zu belegen ist, dass es eine klar umrissene Mitte der Gesellschaft gibt, die materiell verhältnismäßig einheitlich ist und sich doch in ihrer Mentalität, Weltanschauung und Wertvorstellungen von anderen Bevölkerungskreisen unterscheidet<sup>13</sup>, lässt sich anhand des Instrumentes „Einkommen“ umreißen. Sie kann allerdings nur im Ansatz die Frage beantworten, wie es denjenigen, die dieser gesellschaftlichen Mitte zugerechnet werden, tatsächlich geht, wie ihre Befindlichkeiten sind, wie ihre Auffassungen sich gestalten oder sich gewandelt haben oder welchen Bedrohungen sich die Angehörigen der

11 so auch Hans-Peter Klös/Dominik H. Enste: Aufstiegs- und Generationenmobilität – Wege in die gesellschaftliche Mitte, in: Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung und Verantwortung, hrsg. von der Herbert-Quandt-Stiftung, Bad Homburg v.d. Höhe, Oktober 2008, S.33.

12 Stefan Hradil, Soziale Milieus – eine praxisorientierte Forschungsperspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44–45/2006, S.4.

13 so die zentrale Frage laut Renate Köcher, Das Bewusstsein der Mittelschicht, in: FAZ vom 15.07.2008.

Mittelschicht ausgesetzt sehen. Neben eine bloße Bewertung der finanziellen Situation und der bloßen Summe des verfügbaren Haushaltseinkommens muss eine Bewertung treten, die die Auffassungen und Ängste der Angehörigen der Mittelschicht widerspiegelt.

## 2.3 Die wirtschaftliche Situation der Mitte

Hatte noch in den fünfziger Jahren der Soziologe Helmut Schelsky mit seinem Begriff der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ die Debatte bestimmt, so zeigt sich neuerdings eine andere Entwicklung. Die These Schelskys, dass zukünftig immer mehr Menschen aus den Unterschichten in die Mittelschicht auf- und aus der Oberschicht abwärts mobil seien, die Mittelschicht damit immer umfangreicher werde und ihre Angehörigen sich auch selbst als zum „Mittelstand“ gehörig verstünden, bewahrheitet sich, zumindest im aktuellen Zeitbezug, nicht. Die in den 60er Jahren von Karl-Martin Bolte entwickelte „Zwiebel“<sup>14</sup> als Darstellung der verschiedenen Schichten der Gesellschaft, die in eine ähnliche Richtung ging wie Schelskys Argumentation, hat ihre Symbolfunktion für das Wirtschaftswunderland gehabt, ist aber heute nicht mehr allgemeingültig: Die gesellschaftliche Mitte schrumpft dramatisch, liest man seit Beginn des Jahres 2008 in den Zeitungen, und einige Studien und Analysen stützen diese These.

Bezogen auf einen Einpersonenhaushalt definiert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)<sup>15</sup> statistisch als „Mittelschicht“ die Bevölkerungsgruppe mit einem Nettoeinkommen zwischen 70 und 150% des Medians der privaten Haushaltsrealinkommen. Haushalte mit einem Einkommen zwischen 90 und 110% des Medians<sup>16</sup> werden als „Durchschnittsverdiener“ bezeichnet.

Der „Datenreport 2008“ des statistischen Bundesamtes zeigt zum einen, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland weiter auseinander geht<sup>17</sup>. Laut dem Report sind die Realeinkommen von 2001 bis 2006 nur minimal gestiegen.

14 s. z.B. <http://de.wikipedia.org/wiki/Bolte-Zwiebel> (Stand: 17.03.2009)

15 so z.B. bei Markus M. Grabka/Joachim R. Frick, Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, in: DIW-Wochenbericht Nr. 10/2008 vom 5.3.2008, S. 102.

16 Erläuterung: „Median“ bezeichnet in der Mathematik die Grenze zwischen zwei gleich großen Hälften. In diesem Fall beschreibt er die Grenze, die die Hälfte der Bevölkerung, die im Einkommen unter diesem Wert liegt, von der Hälfte trennt, die darüber liegt. Gemeint ist hier also nicht der Durchschnittswert aller Nettoeinkommen.

17 Jan Goebel/Roland Habich/Peter Krause: Einkommen – Verteilung, Armut und Dynamik, in: Datenreport 2008 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2008, S. 163 ff. (164).

Für das Jahr 2007 errechnete das DIW<sup>18</sup> für das individuelle Nettovermögen in Deutschland im Durchschnitt rund 88.000 €, was eine Steigerung gegenüber 2002 von rund 10 % bedeutete. Maßgeblich für diese Entwicklung war die Zunahme des Geldvermögens sowie der Vermögen aus privaten Versicherungen. Die frei verfügbaren Einkommen allerdings stagnierten in der Mittelschicht nominal seit dem Jahr 2000, und waren entsprechend real sogar rückläufig<sup>19</sup>. Die Betrachtung von Mittelwerten allein sagt allerdings noch nichts darüber aus, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind. Aufgrund der insgesamt sehr ungleichen Verteilung des Vermögens liegt der Median, also der Wert, der die „reichere“ Hälfte der Bevölkerung von der „ärmeren“ trennt, nämlich weiterhin nur bei etwa 15.000 €.

Bestätigt wird in der Studie aber auch die These von der schrumpfenden Mittelschicht: „Während die Bevölkerungsanteile am unteren und oberen Ende der Einkommensschichtung zumindest in den letzten beiden Jahren zunehmen, gehen die entsprechenden Anteile in den mittleren Schichten zurück“<sup>20</sup>. So ist nach Angaben des DIW die Schicht der Beziehler mittlerer Einkommen von 62 Prozent im Jahr 2000 auf 54 % in 2006 zurückgegangen – wobei in der Mittelschicht die Abwärtsmobilität stärker ausgeprägt war als der Aufstieg in höhere Einkommensklassen. Innerhalb der Mittelschicht hat die Gruppe derjenigen mit einem Einkommen zwischen 90 und 110 % des Median – also die Durchschnittsverdiener – mit einem Rückgang von rund fünf Prozentpunkten die stärksten Verluste hinnehmen müssen. Dagegen verzeichneten die untersten Einkommensschichten einen deutlichen Zuwachs<sup>21</sup>.

Die Richtung der Einkommensmobilität zeigt für die unteren Gruppen der Mittelschicht in den letzten Jahren weiter nach unten. Der Zuwachs der untersten Schichten speist sich aus dem unteren Rand der Mittelschicht. Das DIW weist darauf hin, dass die im Zeitablauf erhöhte Einkommensmobilität der Mittelschicht in beide Richtungen geht, dass die Abwärtsmobilität dabei aber deutlich

18 Joachim R. Frick/ Markus M. Grabka, Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht Nr. 4/2009 vom 21.01.2009, S.54.

19 Renate Köcher, Demoskopische Annäherungen an die Mentalität der Mitte, in: Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung und Verantwortung, Societäts-Verlag, Bad Homburg v.d.H. 2008, S. 16.

20 Jan Goebel/ Roland Habich/ Peter Krause: Einkommen – Verteilung, Armut und Dynamik, in: Datenreport 2008 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2008, S.165.

21 Markus M. Grabka/Joachim R. Frick, Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, in: DIW-Wochenbericht Nr. 10/2008 vom 5.3.2008, S.102 f.

überwiegt. Etwa 14 % der Mittelschicht des Jahres 2002 befanden sich 2006 im Bereich der Armutsgefährdung<sup>22</sup>.

#### 2.4 Aspekte der Zufriedenheit mit Haushaltseinkommen und Status

Parallel zur Entwicklung der objektiven Einkommenslage, so stellt das DIW fest, zeigt sich eine deutliche Veränderung der subjektiven Wahrnehmung der Bevölkerung: Über alle Einkommensschichten hinweg ist festzustellen, dass die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Entwicklung zugenommen haben<sup>23</sup>. Die Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage hat sich in den verschiedenen Gesellschaftsschichten im letzten Jahrzehnt auseinander entwickelt<sup>24</sup>.

Nicht nur bei den Geringverdienern, sondern auch in der Mittelschicht ist die Zufriedenheit mit den eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen seit 2003 deutlich abgesunken<sup>25</sup>. Gerade die Mittelschicht wird massiv von Preissteigerungen für Energie, für kommunale Abgaben oder auch für Lebensmittel, von steigenden Lebenshaltungskosten insgesamt getroffen, und in Zeiten der Wirtschaftsf- und Finanzkrise, wo auch Einkommenszuwächse, wie sie in den letzten Jahren aufgrund der besseren Wirtschafts- und Konjunkturlage möglich waren, nicht mehr im gleichen Umfang möglich sind, können diese realen Einkommensverluste nicht aufgefangen werden. So ist es wenig erstaunlich, dass der Anteil derer, die sich innerhalb der Mittelschicht große Sorgen um ihre wirtschaftliche Zukunft machen, einen Höchststand erreicht<sup>26</sup>. Hinzu kommt die als immer weiter steigend angesehene Steuerbelastung, die bei mehr als zwei Dritteln der Berufstätigen zu der Auffassung führt, in erster Linie für den Staat zu arbeiten<sup>27</sup>.

22 Markus M. Grabka/Joachim R. Frick, Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, in: DIW-Wochenbericht Nr. 10/2008 vom 5.3.2008, S. 104.

23 Markus M. Grabka/Joachim R. Frick, Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, in: DIW-Wochenbericht Nr. 10/2008 vom 5.3.2008, S. 101.

24 Renate Köcher, Demoskopische Annäherungen an die Mentalität der Mitte, in: Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung und Verantwortung, Societäts-Verlag, Bad Homburg v.d.H. 2008, S. 16.

25 Renate Köcher, Demoskopische Annäherungen an die Mentalität der Mitte, in: Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung und Verantwortung, Societäts-Verlag, Bad Homburg v.d.H. 2008, S.18.

26 Markus M. Grabka/Joachim R. Frick, Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, in: DIW-Wochenbericht Nr. 10/2008 vom 5.3.2008, S. 107.

27 Renate Köcher, Demoskopische Annäherungen an die Mentalität der Mitte, in: Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung und Verantwortung, Societäts-Verlag, Bad Homburg v.d.H. 2008, S.19.

Dies geht einher mit einem gewissen Maß an „Statusfatalismus“: 39% der Berufstätigen aus der Mittelschicht sind überzeugt, dass die Sozialstruktur der deutschen Gesellschaft letztlich zementiert ist und die eigene Position durch Leistung nur sehr begrenzt geändert werden kann<sup>28</sup>. Die Hälfte der Mittelschicht ist überzeugt, dass sozialer Aufstieg vor allem den Bevölkerungskreisen offen steht, die in der Schichtenhierarchie bereits relativ weit oben angesiedelt sind<sup>29</sup>. Völlig zu Recht weist Renate Köcher in diesem Zusammenhang auf die gesellschaftliche Problemlage hin, die daraus entstehen kann, dass die Chance des sozialen Aufstiegs – eine der wichtigsten Formen gesellschaftlicher Anerkennung – von einem Großteil der Mittelschicht für ihre Person als nicht erreichbar angesehen wird.

### 3. Gefährdungen der Mitte

#### 3.1 Der Steuerstaat

Trotz wiederholter Reformen ist das geltende Steuer- und Transferrecht ungerichtet, unfair und leistungsfeindlich. Seit 1990 ist es zu deutlichen Belastungsverschiebungen bei der Einkommensbesteuerung gekommen, die insbesondere die Beziehung mittlerer Einkommen getroffen haben. Hier lohnt sich ein Blick auf die Darstellung der Einkommensteueranteile. Dabei fällt auf, dass das reichste Zehntel der Einkommensteuerpflichtigen im Durchschnitt 23,8% des Bruttoeinkommens an die Einkommensteuer abführt. Im Jahre 2007 hatten damit die obersten 10% der Einkommensteuerpflichtigen einen Anteil von 51,8% am gesamten Einkommensteueraufkommen. Bei den unteren 50% der Einkommensteuerpflichtigen lag der entsprechende Anteil lediglich bei 6,5%<sup>30</sup>. Die 450 Deutschen mit dem höchsten Einkommen zahlten im Jahr 2002 durchschnittlich 34% Einkommensteuern, bei dem obersten 1% waren es 32,4%. Trotz Nutzung vieler Gestaltungs- und Steuervermeidungsmöglichkeiten tragen also die Einkommensbezieher mit dem höchsten Einkommen einen Großteil der Steuerlast<sup>31</sup>. „Der soziale Ausgleich klappt“, folgert daraus das Institut der deutschen Wirtschaft Köln und weist darauf hin, dass die Gesellschaft den am schlechtesten Gestellten kräftig unter die Arme greift und dass es vor allem die Gutverdiener sind, die die soziale Sicherung stemmen: Der Staat verteilt massiv von oben nach unten um<sup>32</sup>. Die Autoren weisen aber gleichzeitig darauf hin, dass nicht nur die Topverdiener in die Pflicht genommen sind: Vom fünften Einkommenszehntel an aufwärts, also ab einem durchschnittlichen Verdienst von 1500 € (brutto einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen), zahlen die Bundesbürger mehr in die öffentlichen Systeme ein, als sie herausbekommen.<sup>33</sup>

30 Artikel „Einkommensteueranteile“, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Online-Angebot): Die soziale Situation in Deutschland (Quelle: <http://www.bpb.de/wissen/11W08G,0,0,Einkommensteueranteile.html>); Stand: 18.03.2009).

31 Besteuerung von Spitzeneinkommen in Deutschland: Höchstverdiener zahlen nur 34%; Pressemitteilung des DIW Berlin vom 25.2.2008 (Quelle: <http://www.diw.de/deutsch/pressemitteilungen/27278?pcode=79448&language=deutsch>, Stand: 19.03.2009).

32 Der soziale Ausgleich klappt; Pressemitteilung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln vom 07.01.2009 (Quelle: <http://www.iwkoeln.de/Presseeloungue/Pressemittelungen/2009/ta-bid/2360/ItemID/22790/Default.aspx>, Stand: 19.03.2009).

33 Der soziale Ausgleich klappt; Pressemitteilung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln vom 07.01.2009 (Quelle: <http://www.iwkoeln.de/Presseeloungue/Pressemittelungen/2009/ta-bid/2360/ItemID/22790/Default.aspx>, Stand: 19.03.2009).

28 Renate Köcher, Demoskopische Annäherungen an die Mentalität der Mitte, in: Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung und Verantwortung, Societäts-Verlag, Bad Homburg v.d.H. 2008, S.20.

29 Renate Köcher, Demoskopische Annäherungen an die Mentalität der Mitte, in: Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung und Verantwortung, Societäts-Verlag, Bad Homburg v.d.H. 2008, S.19.

Im Verhältnis zum Bruttoeinkommen zahlen die Reichen deutlich mehr Steuern als die Armen. Die untere Hälfte zahlt durchschnittlich nur 4% Einkommensteuer – so dämpft der progressive Steuertarif die Ungleichheit der Bruttoeinkommen. Aber: Die effektive Steuerbelastung für Spitzenverdiener sank laut DIW in den Jahren von 1992 bis 2002 um 10%; für die Durchschnittsbürger blieb sie unverändert<sup>34</sup>. Dies trifft insbesondere diejenigen, die weder in der Lage sind, ihr wachsendes Vermögen für Anlagen oder andere Alternativen zur Steuervermeidung zu nutzen, noch die Möglichkeit haben, Anspruch auf echte Transferleistungen des Staates ohne vorherige Gegenleistungen zu erheben.

Die gesellschaftliche Mitte wird also nicht nur durch einen härteren Wettbewerb auf dem Wege zur Sicherung ihres Einkommens bedrängt, sondern auch durch den Staat<sup>35</sup>. Die Bezieher mittlerer Einkommen bleiben auch weiterhin die hauptsächlichsten Verlierer der deutschen Steuerpolitik<sup>36</sup>: Die deutlichsten Belastungsverschärfungen sieht die Studie bei einem Einkommen von 64.000 €, was in etwa dem eineinhalbfachen Durchschnittseinkommen entspricht. Sie betont, dass die tariflichen Entlastungen, die seit 1990 erfolgt sind, für Bezieher solcher Einkommen bei weitem nicht einmal ausreichen, um die „heimlichen Steuererhöhungen“ auszugleichen. Diese bestehen darin, dass bei steigendem Einkommen die Progression des Lohn und Einkommensteuertarifs für den einzelnen Bürger dazu führt, dass seine Steuerschuld automatisch stärker zunimmt als das Einkommen selbst und dadurch ein immer größerer Teil des Einkommens durch die Steuer aufgezehlt wird und die Steuerlastquote also ansteigt<sup>37</sup>.

Für Einkommen von etwa 50.000 bis 70.000 €, so wird prognostiziert, wird die Belastung im Jahre 2010 voraussichtlich um 0,7 bis 0,9 Prozentpunkte höher liegen als 2005, was einer zusätzlichen jährlichen Belastung in der Größenordnung von rund 500 € entspricht. Gewinner sind nach Auffassung der Autoren der Studie die Bezieher niedriger und sehr hoher Einkommen, Verlierer sind die

34 Besteuerung von Spitzeneinkommen in Deutschland: Höchstverdiener zahlen nur 34%; Pressemitteilung des DIW Berlin vom 25.2.2008 (Quelle: <http://www.diw.de/deutsch/pressemitteilungen/27278?pcode=79448&language=deutsch>, Stand: 19.03.2009).

35 Udo di Fabio, Die Mitte der Gesellschaft – vom Staat geschröpft, in: Süddeutsche Zeitung vom 10.09.2006.

36 Volker Stern, Nach Tarifkorrektur 2010 erhöhter Nachholbedarf bei Entlastung mittlerer Einkommen; Studie des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler e.V. vom 24.02.2009, Zusammenfassung.

37 Volker Stern, Nach Tarifkorrektur 2010 erhöhter Nachholbedarf bei Entlastung mittlerer Einkommen; Studie des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler e.V. vom 24.02.2009, S. 4f.

Bezieher mittlerer bis gehobener Einkommen<sup>38</sup>. Dem widerspricht allerdings eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, wo festgestellt wird, dass es keine empirischen Befunde für einen so genannten „Mittelschichtsbauch“ gibt, nach dem die Bezieher mittlerer Einkommen die Hauptlast an der Finanzierung des Staates tragen müssten<sup>39</sup>. Im Fazit allerdings deckt sich die Erkenntnis des Karl-Bräuer-Institutes, die Steuerlast steige viel schneller als die Einkommen<sup>40</sup>, mit der Darstellung von Renate Köcher, die darauf hinweist, dass die frei verfügbaren Einkommensteile in der Mittelschicht seit 2000 nominal stagnierten und dementsprechend real rückläufig seien<sup>41</sup>.

### 3.2 Der entmündigende und bevormundende Staat

Der überbordende Steuerstaat hindert die Menschen an der Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten. Und mit der Mittelschicht trifft dieser Steuerstaat gerade diejenigen qualifizierten Arbeitnehmer und kleinen und mittelständischen Betriebe, die als Leistungsträger und als maßgeblicher Motor der wirtschaftlichen Entwicklung angesehen werden. Die Steuererhöhungspolitik der Großen Koalition hat die finanzielle Situation für viele Bürger immens verschärft. Mit der Mehrwertsteuererhöhung, mit zahlreichen Erhöhungen bei der Einkommensteuern, mit der Kürzung der Entfernungspauschale, der ersatzlosen Abschaffung der Eigenheimzulage, der Halbierung des Sparerfreibetrages, den Nichtabzugsfähigkeit von Steuerberaterkosten – um nur wenige Beispiele zu nennen – wurde den Bürgern gerade in der Mittelschicht ein großer Teil des Spielraumes genommen, den sie brauchen, um nicht nur für sich, sondern für die gesamte Gesellschaft ein eigenverantwortliches Leben führen zu können. Leistung und Risikobereitschaft; darauf weist auch die Studie des Karl-Bräuer-Institutes hin, sind unter steuerlichen Gesichtspunkten nicht lohnender geworden, sondern inzwischen noch weniger lohnend<sup>42</sup>.

38 Volker Stern, Nach Tarifkorrektur 2010 erhöhter Nachholbedarf bei Entlastung mittlerer Einkommen; Studie des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler e.V. vom 24.02.2009, S.8.

39 Christoph Schröder, Umverteilung und Einkommens Armut in Deutschland, Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Dezember 2008, S.8.

40 Volker Stern, Normalverdiener sind die Dummen, in: Bild-Zeitung vom 3.3.2009

41 Renate Köcher, Demoskopische Annäherungen an die Mentalität der Mitte, in: Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung und Verantwortung, Bad Homburg v.d.H. 2008, S. 16.

42 Volker Stern, Nach Tarifkorrektur 2010 erhöhter Nachholbedarf bei Entlastung mittlerer Einkommen; Studie des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler e.V. vom 24.02.2009, S. 9.

Ein Staat, der seinen Bürgern das sauer verdiente Geld nimmt, um es ohne dass sie darauf Einfluss nehmen könnten umständlich und mit hohem Verwaltungsaufwand zu verteilen, wird von den Bürgern nicht mehr akzeptiert. Unverständliche und unsystematische Regelungen, verbunden mit einer übermäßigen Belastung, führen zu einem tief greifenden Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Organen. Das Gefühl ungerechter staatlicher „Abzocke“ lässt die Steuermoral in Deutschland sinken: Die Flucht in Steueroasen, komplizierteste Gestaltungen und Trickereien bei Spesenabrechnungen, Schwarzarbeit oder Entfernungsurlauben- und Arbeitszimmer-Steuerhinterziehung droht in Deutschland zum Massendelikt zu werden. Aber nicht nur das Steuersystem, sondern auch das Sozialsystem wird zunehmend als ungerecht empfunden. Eine Vielzahl von Transferleistungen mit ganz unterschiedlichen Anspruchsvoraussetzungen macht das System für die Betroffenen schwer durchschaubar und für den Staat wenig treffsicher. Die Menschen wissen nicht mehr, was mit ihrem per Zwangsabgabe eingezogenen Geld geschieht und Sie glauben nicht, dass etwas Gutes sein wird.

### 3.3 Der Kräfte raubende Staat

Wenn es stimmt, dass man Bürger nicht allein durch Geburt wird, sondern durch Haltung<sup>43</sup>, so kommt es für die Zukunft der Bürgergesellschaft entscheidend darauf an, wie die Bürger ihre Lage beurteilen und welche Chancen sie sehen, die von ihnen wertgeschätzte Haltung tatsächlich leben zu können. Auf Befragung durch das Institut Allensbach und definiert anhand des sozioökonomischen Status zeigen sich einige, von den Angehörigen der Mittelschicht favorisierte Haltungen: So sieht sich der Angehörige der gesellschaftlichen Mitte als familienorientiert, pflichtbewusst, sozial engagiert, leistungsstark und im Vergleich zu Unter- bzw. Oberschicht vor allem als bürgerlich. Der Anspruch, den die Mittelschicht an sich selbst stellt, wird dadurch deutlich, dass das Selbstporträt dem der Oberschicht relativ ähnelt, zu dem der Unterschicht aber durchaus unterschiedlich ist<sup>44</sup>.

Dieses Selbstverständnis der Angehörigen der Mittelschicht wird derzeit von gleich zwei Seiten attackiert. Zum einen beklagen 73 % der Berufstätigen aus der Mittelschicht eine Unterbewertung von Leistung. Der soziale Aufstieg wird

43 Wolfgang Gerhardt, Rede auf dem Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart am 06.01.2000 (Quelle: [www.fdp-bw.de/docs/gerhardt.doc](http://www.fdp-bw.de/docs/gerhardt.doc), Stand: 19.03.2009).

44 Renate Köcher, Demoskopische Annäherungen an die Mentalität der Mitte, in: Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung und Verantwortung, Bad Homburg v.d.H. 2008, S. 21.

als wichtiges Ziel nicht nur für die eigene Entwicklung, sondern Generationen übergreifend für die eigenen Kinder und Enkel begriffen<sup>45</sup>. Wenn nun, wie bereits weiter oben dargestellt, eine große Zahl der Angehörigen der Mittelschicht davon überzeugt ist, dass Leistung nicht honoriert wird, wenn der Eindruck besteht, in erster Linie für den Staat zu arbeiten, wenn die Sozialstruktur der deutschen Gesellschaft als letztlich zementiert angesehen und eine Veränderung – sprich Verbesserung – der eigenen Position als nur sehr begrenzt möglich angesehen wird, hemmt das das Potenzial einer großen Menge von Menschen, die für die Zukunft der Gesellschaft und der Wirtschaft in Deutschland extrem wichtig sind.

Die Mittelschicht bevorzugt mit ausgeprägter Mehrheit das Modell, bei dem die Bürger so viel Verantwortung wie möglich für sich übernehmen. Wenn der Eindruck, durch eigene Leistungen etwas bewirken, sein Eigentum mehren und die eigene Position verbessern zu können, durch einen überbordenden, bevorzugen Staat behindert oder zerstört wird, droht die Gefahr, dass die Bereitmündenden Staat behindert oder zerstört wird, droht die Gefahr, dass die Bereitschaft und die Kraft zu eigener Leistung auch bei den Angehörigen der prinzipiell leistungsbereiten Mittelschicht verloren geht. „Aufstiegchancen halten die Gesellschaft zusammen“, so der Soziologe Stefan Hradil. Wenn der Tüchtige nicht mehr nach oben gelangen könne, wenn er nicht mehr seines Glückes Schmied sei, dann werde die Gesellschaft als ungerecht empfunden<sup>46</sup>.

Mit dem Gefühl steigender Ohnmacht gegenüber einem um sich greifenden Staatswesen geht noch ein weiteres Gefühl einher, das ein großes Gefährdungspotenzial für die freiheitliche Gesellschaft beinhaltet: die Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg.

Im März 2008 stellte Renate Köcher fest, dass sich weite Teile der Bevölkerung aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in den vorherigen Jahren in einer wesentlich gefestigteren wirtschaftlichen Situation befänden. Dies prägte sowohl die Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes wie der eigenen ökonomischen Perspektiven. Gleichzeitig berichtete sie, dass auf Sicht von fünf bis 10 Jahren quer durch alle Schichten zurzeit rund ein Viertel der Berufstätigen davon ausgehe, dass sich ihre materielle Situation verbessern wird. Nur 10 % der Mittelschicht rechneten mit einer Verschlechterung, knapp die

45 Renate Köcher, Das Bewusstsein der Mittelschicht, in: FAZ vom 15.07.2008.

46 Stefan Hradil, in: Westfälische Rundschau vom 18.05.2008, Quelle: <http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/politik/2008/5/16/news-46918717/detail.html> (Stand: 18.03.2009).

Hälfte mit einer stabilen Situation<sup>47</sup>. Auch andere Kommentatoren berichteten, dass sich seit 2006 bei allen Schichten der Anteil der Personen verringert habe, die sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation machten. Hiermit verbunden wurde die Schlussfolgerung, dass der konjunkturelle Aufschwung inzwischen anscheinend auch bei den unteren Schichten ankomme<sup>48</sup>.

In der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise dürfte dieses Urteil nicht mehr so leicht fallen. Die wirtschaftlichen Entwicklungen, die zu Arbeitsplatzverlusten, zu Firmenschließungen und Kapitalvernichtung in großem Stile führen oder führen könnten, beeinträchtigen in großem Ausmaß die Zukunftsaussichten insbesondere der Angehörigen der Mittelschicht. Auch wenn von einem Niedergang der Mittelschicht nicht gesprochen werden sollte, so ist doch zu beachten, dass auch die Mittelschicht eine durchaus heterogene Zusammensetzung zeigt, so dass in den einzelnen Abteilungen der Mittelschicht die Menschen unterschiedlich von Wirtschaftszession betroffen sein werden.

Hier unterteilt der Soziologe Hans-Peter Blossfeld in drei Gruppen, die die Spreizung der Mittelschicht ausmachen: So nennt er zum einen die Doppelverdiener mit akademischem Hintergrund, die zu den Aufsteigern der Mittelschicht gehören, nennt zum zweiten die jungen Menschen, die in der gegenwärtigen Situation nicht so schnell wie früher eine gut bezahlte Stelle finden und damit, zumindest für einige Jahre, zu den Absteigern der Mittelschicht gehören, und er nennt die Familien aus der Mittelschicht, die sich intensiv um ihre Kinder kümmern wollen, es dadurch aber schwerer haben als früher, Familienleben und immer mehr arbeitsintensiv geratenes Berufsleben zu verbinden, und so ebenfalls in Abstiegsgefahr sind<sup>49</sup>.

### 3.4 Die Mitte zwischen Abstiegsangst und Frustration

Im Februar 2007 hatte Ulrich Beck festgestellt: „Die Angst vor Armut ist von den Rändern in die Mitte gewandert“<sup>50</sup>, und in einem Artikel, in dem auch dieses Zitat

dargestellt war, stellte Thomas Fischermann fest: „Nichts beunruhigt Menschen mehr als die Tatsache, dass selbst bei Unternehmen, denen es gut geht, die Arbeitsplätze nicht mehr sicher sind.“<sup>51</sup> Die Begründung für diese pessimistische Einschätzung wurde allerdings in einer anderen Richtung gegeben, als wir sie heute einschlagen würden. Nach Auffassung der damaligen Autoren lauteten die Reizwörter Rationalisierung und Globalisierung.

Bezüglich der inländischen wirtschaftlichen Situation gab Stefan Hradil im Februar 2007 zu Protokoll, die Sorgen der Mittelschicht stellten einen „subjektiven Tatbestand“ dar – in Wahrheit wachse der Anteil derer in der Einkommensmitte, und die Zahl derer, die aus der Mittelschicht in die Armut abgesunken seien, habe sich seit 1983 nicht wesentlich verändert<sup>52</sup>.

Bei einem Vortrag anlässlich einer Veranstaltung im März 2008 stellte Renate Köcher im Lichte neuerer Entwicklungen fest, dass sich „heute weite Teile der Bevölkerung aufgrund der positiven ökonomischen Entwicklung der letzten Jahre in einer wesentlich gefestigteren wirtschaftlichen Situation“ befänden. Dies präge sowohl die Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes wie der eigenen ökonomischen Perspektiven<sup>53</sup>.

Im Februar 2007 hatte Gert Wagner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin festgestellt, einen Abstieg in Massen gebe es derzeit nicht, und dabei vorausgesetzt: „Wenn der Wirtschaftsaufschwung sich nicht abgekühlt, wird die ganze Debatte in einem Jahr vergessen sein.“<sup>54</sup>

Zwei Jahre danach hat sich die wirtschaftliche Lage merklich abgekühlt. Die Unsicherheit scheint nun, im Zuge der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise, zurückgekehrt zu sein. Und die Debatte über die Gefährdungen der Mittelschicht ist wieder hochaktuell.

- 
- 51 Thomas Fischermann, Die Angst der Mittelschicht, in: Die Zeit vom 15.02.2007; Quelle: <http://www.zeit.de/2007/08/Mittelschicht-Deutschland> (Stand: 19.03.2009).
- 52 Stefan Hradil, zitiert in Thomas Fischermann, Die Angst der Mittelschicht, in: Die Zeit vom 15.02.2007; Quelle: <http://www.zeit.de/2007/08/Mittelschicht-Deutschland> (Stand: 19.03.2009).
- 53 Renate Köcher, Demoskopische Annäherungen an die Mentalität der Mitte, in: Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung und Verantwortung, Bad Homburg v.d.H. 2008, S. 18.
- 54 Gert Wagner, zitiert in: Thomas Fischermann, Die Angst der Mittelschicht, in: Die Zeit vom 15.02.2007; Quelle: <http://www.zeit.de/2007/08/Mittelschicht-Deutschland> (Stand: 19.03.2009).

47 Renate Köcher, Demoskopische Annäherungen an die Mentalität der Mitte, in: Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung und Verantwortung, Bad Homburg v.d.H. 2008, S. 18.

48 Hans-Peter Klös/Dominik H. Enste: Aufstiegs- und Generationenmobilität – Wege in die gesellschaftliche Mitte, in: Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung und Verantwortung, Oktober 2008, S. 34.

49 so dargestellt in „Ab durch die Mitte“, in: Wirtschaftswoche Global Nr. 1 vom 26.01.2009, S.96

50 Ulrich Beck, in: Welt am Sonntag vom 11.02.2007; Quelle: [http://www.welt.de/print-welt/article719955/Die\\_Angst\\_ist\\_zur\\_Mitte\\_gewandert.html](http://www.welt.de/print-welt/article719955/Die_Angst_ist_zur_Mitte_gewandert.html) (Stand: 19.03.2009).

In einer Studie weisen Holger Lengfeld und Jochen Hirschie darauf hin, dass sich die Angst der Mittelschicht vor dem Abstieg nicht unmittelbar strukturell erklären lasse. Die Abstiegsangst sei in allen Schichten angestiegen, die Mittelschicht finde sich somit „eingebettet im allgemeinen Fahrstuhl effekt der Unsicherheit“<sup>55</sup>. In diesem Zusammenhang weisen die Autoren aber auf den so genannten „spill over effect“ hin: Trotz individueller Nicht Betroffenheit schwappt die Sorge um die eigene materielle Zukunft auf die besser qualifizierten Mittelschichten, auch Facharbeiter und Techniker, qualifizierte Sachbearbeiter, Lehrer und öffentliche Bedienstete über, ohne dass dieser Verunsicherung eine objektive Verschlechterung der eigenen Lage entspreche<sup>56</sup>. Das Unsicherheitsempfinden der mittleren Mitte sei im Zeitablauf überproportional angestiegen, während die untere Mitte sich ohnehin öfter um die wirtschaftliche Zukunft sorge<sup>57</sup>.

Es geht also erkennbar nicht nur um eine konkrete Abstiegsgefahr, sondern um Frustrationen und Lähmungen der Mittelschicht, die fast schon im Stile einer self fulfilling prophecy wirken. Die Abstiegsangst der Menschen in der Mittelschicht wird angesichts der Meldungen aus der Wirtschaft, als Stichworte mögen hier Opel, Nokia oder Conti oder die Kurzarbeit bei VW gelten, mit Händen greifbar. Stellenstreichungen, Betriebsschließungen oder Kurzarbeit betreffen eben auch die Gruppe der Facharbeiter, der mittleren Angestellten oder des unteren Führungspersonals, also genau die Angehörigen der Mittelschicht. Insbesondere diejenigen, die sich mit einer Tätigkeit in jetzt schlingernden Industriebranchen ein zweites Gehalt für die Familie verdienen, also mitverdienende Ehepartner, und die damit ein Einkommen sichern, das bislang ein weitgehend sorgenfreies Leben gewährleistetete, sehen sich schon am Abgrund stehen. Wenn dazu noch Schwierigkeiten mit Bankkrediten oder auch mit der Finanzierung wichtiger persönlicher Ausgaben aufgrund der Bankenkrise treten, drohen Erschütterungen in der Mittelschicht.

Ob die Angst der Mitte strukturell oder empirisch erklärbar oder nachweisbar ist, ist da beinahe schon nebensächlich. Sie ist mit Händen zu greifen und der Soziologe Heinz Bude weist darauf hin: „Die Generation der wirtschaftlich erfolgreichen Babyboomer, die in der Sicherheit der Nachkriegsgesellschaft aufgewachsen ist, hält ihren BfA-Bescheid in Händen und sieht, wie wenig sie im

55 Holger Lengfeld/Jochen Hirschie, Die Angst der Mittelschicht vor dem Abstieg, Hagener Arbeitsberichte zur Soziologischen Gegenwartsdiagnose – HASG – Nr. 07/2008, S.9.

56 Holger Lengfeld/Jochen Hirschie, Die Angst der Mittelschicht vor dem Abstieg, Hagener Arbeitsberichte zur Soziologischen Gegenwartsdiagnose – HASG – Nr. 07/2008, S.7.

57 Holger Lengfeld/Jochen Hirschie, Die Angst der Mittelschicht vor dem Abstieg, Hagener Arbeitsberichte zur Soziologischen Gegenwartsdiagnose – HASG – Nr. 07/2008, S.24.

Alter zu erwarten hat.“<sup>58</sup> Allein wegen ihrer großen Zahl der Angehörigen dieser Babyboomer-Generation sind ihre Anliegen, aber eben auch ihre Ängste, sehr deutlich vernehmbar.

Und gleichzeitig sehen sich die Menschen immer noch einer Politik gegenüber, die sich weiterhin weigert, die zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards erforderlichen Finanzmittel bei den Menschen zu belassen, also die unbedingt notwendigen Reformen im Steuer- und Abgabensystem zu veranlassen.

Aus dieser Zwangslage entsteht eine gefährliche Mischung aus Angst und Frustration, die bald schon die Grundlage unserer Gesellschaft betreffen könnte. Eine kräftige Mitte sorgt für Wachstum und Wohlstand. Eine breite Mitte ist ein Garant gesellschaftlicher und nicht zuletzt auch politischer Stabilität<sup>59</sup>. Die Bewahrung bürgerlicher Haltungen und Werte, der Schutz bürgerlicher Freiheiten, im Sinne des Erhalts der Möglichkeit, ein eigenverantwortliches Leben abseits staatlicher Alimentionierung zu führen, sowie der Schutz des Bürgerrechts auf Eigentum wären Hauptaufgaben staatlichen Handelns – gerade in Zeiten wirtschaftlicher Probleme. Dem trägt die Politik bislang nicht ausreichend Rechnung.

58 zitiert bei Rainer Hank, Die Angst der Mitte vor dem Abstieg, in: FAZ, vom 17.12.2006.

59 so auch Martin Werding, Die Mittelschicht macht reich, in: FASZ vom 14.12.2008.

#### 4. Politik für die Mitte

Ein umfassender liberaler Gesellschaftsentwurf ist gefragt, der die Notwendigkeit und die Bedingungen einer freiheitlichen Politik aufzeigt. Es geht um eine Gesellschaft, die die Werte von Selbstständigkeit, Leistung, Engagement und Freiheit anerkennt und auch ihre Bürger daran teilhaben lässt.

Das Recht auf Eigentum ist eine der wesentlichen Grundlagen für die Freiheit des Einzelnen. Liberale haben sich immer dafür eingesetzt, dass das Recht auf Eigentum universell für alle gilt und nicht nur wenigen Privilegierten zukommen darf. Der Liberalismus leitet den Begriff des Eigentums aus dem Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen ab. Eigentum bedeutet, über sich selbst sowie seine legitim erworbenen materiellen und ideellen Güter souverän zu verfügen. Zudem legt es den Grundstein für eine erfolgreiche Wirtschaftsordnung.

Das Steuer- und Sozialsystem muss so reformiert werden, dass es ein selbstständiges Leben der Bürger befördert, die Möglichkeit zur Bildung von Eigentum bewahrt und keine Abhängigkeit schafft.

Das geltende Steuer- und Transferrecht ist ungerecht, unfair und leistungsfeindlich. Besonders betroffen ist die breite Masse der Arbeitnehmer, der mittelständischen Unternehmer und Selbstständigen – kurz gesagt die mittleren Einkommensbezieher. Sie fragen sich zurecht, was sie vom Staat eigentlich als Leistung dafür bekommen, dass sie ihm einen großen Teil ihres Einkommens geben. In einem Staat der sozialen Marktwirtschaft sollte eine so maßvolle Besteuerung selbstverständlich sein, dass die Bürger alle Energie in die Erbringung und Steigerung ihrer Leistung und ihres persönlichen Wohlstands stecken, und nicht in Strategien zur Steuervermeidung. Ziel liberaler Steuerpolitik ist die konsequente Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, für mehr Nettoeinkommen.

Hierzu müssen vor allem die mittelstandsfeindlichen Auswirkungen des derzeitigen Steuersystems beseitigt werden. Diese bestehen zum einen in ungerechten Tarifverläufen, zum anderen in einem gerade für viel beschäftigte Menschen zu komplizierten und zu verwaltungsaufwändigen Steuerverfahren. Nach dem liberalen Steuermodell soll auf Ausnahmen und Sonderregelungen für Einzelfälle weitestgehend verzichtet werden. Pauschalen treten an die Stelle der gegenwärtig nur aufwändig nachweisbaren und mit hohem bürokratischem Aufwand zu verwaltenden Individualvorschriften. Kern der liberalen Einkommensbesteuerung ist der vereinfachte und verständlichere Stufentarif von 0%, 10%, 25% und 35%, mit dem gleichermaßen die Durchschnitts-, wie die Grenzbelastung

aller Einkommen gesenkt wird. Die Gesamtbelastung der Bürger wird damit erheblich reduziert. Jeder Bürger erhält einen Grundfreibetrag von 8.000 €, was vor allem für Familien mit Kindern eine erhebliche Reduzierung des besteuerten Einkommens bedeutet. Für Einkommen bis 20.000 € gilt ein Steuersatz von 10%, zwischen 20.000 und 50.000 € sind 25% abzuführen, ab 50.000 € greift der Spitzensteuersatz von 35%.

Den Defiziten der gegenwärtigen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist nur mit einem grundlegenden politischen Wandel beizukommen, der den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft wieder mehr Platz einräumt. Nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe soll jeder Bürger in die Lage versetzt werden, ein selbstbestimmtes Leben aus eigener Kraft zu erreichen. Eigene Leistung muss sich lohnen, Anreize zur Inanspruchnahme sozialer Leistungen ohne Gegenleistung sollen vermieden werden. Eine Politik, die dazu beiträgt, dass mehr Menschen ihr Leben selbst bestreiten können, tut mehr für die Gerechtigkeit als eine Politik, die Menschen in Transfers abdrängt.

Das liberale Bürgergeld schafft ein für die Bürger transparentes System staatlicher steuerfinanzierter Sozialleistungen, indem es die materiellen Lebensgrundlagen aller Bürger sichert, die über kein ausreichendes Erwerbseinkommen verfügen. Dazu werden die Leistungen für die Bedürftigen zusammengefasst und pauschaliert und nur noch von einer einzigen Behörde abgewickelt. Das Bürgergeld kombiniert möglichst viele Sozialleistungen in einen Universaltransfer, namentlich das ALG II, das Sozialgeld, die Grundsicherung, das Wohngeld, aber auch das Kindergeld und das BAföG. Diese Transferzahlungen werden mit der Einkommensbesteuerung zu einem Steuer-Transfersystem aus einem Guss verbunden. Das liberale Bürgergeld bringt nicht nur mehr Gerechtigkeit, sondern auch eine größere Zielgenauigkeit und eine Verwaltungsvereinfachung – und somit eine deutliche Verbesserungen für diejenigen, die auf staatliche Transferzahlungen angewiesen sind, als auch für diejenigen, die für die Finanzierung dieser Transferleistungen zur Kasse gebeten werden. Nur über den Weg einer optimalen Verbindung von sozialer Sicherheit und Leistungsgerechtigkeit können negative Auswirkungen auf diejenigen verhindert werden, die diesen Staat tragen.

Ziel ist die „Eigentümergeinschaft“, in der Eigentum breit gestreut als Grundlage von Freiheit und als soziale Basis der Bürgergesellschaft seine umfassende Wirkung entfalten kann. Eigentümer verfügen über besonderes Potential, sich eigenverantwortlich für soziale, kulturelle und viele andere Ziele zu engagieren. Der Staat muss hier die richtigen Anreize setzen. Privates Eigentum schafft

gleichzeitig die Möglichkeit und die Verpflichtung, Vorsorge für Alter und verschiedene Lebensrisiken zu treffen.

Diese „Eigentümergeinschaft“ spiegelt in idealtypischer Weise das Lebensgefühl und das Wertesystem der sie maßgeblich tragenden Mittelschicht. Ein „Darben der Mittelschicht“ nagt am Wertesystem dieser Gesellschaft<sup>60</sup>. So wichtig und zielführend eine Heranziehung der Einkommensklassen zur Qualifizierung einer relativ homogenen Gruppe der Mittelschicht auch ist – in der Bezeichnung als gesellschaftliche Mitte schwingen ganz andere Attribute mit als nur die messbare Eigenschaft einer einkommensspezifischen Zugehörigkeit<sup>61</sup>. Die derzeit von der Regierungspolitik vergessene Mitte ist zugleich ein wichtiger Stützpfeiler der Bürgergesellschaft. Gefährdet man das Eigentum und die Nettoeinkommen der Mitte, reduziert man das Fundament der Bürgergesellschaft – und man gefährdet die Freiheit in unserer Gesellschaft.

## Über den Autor:

Thomas Volkmann, M.A., ist Referent für politische Analysen, Wahl- und Meinungsforschung im Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

<sup>60</sup> Ileana Grabitz, Das Darben der Mittelschicht nagt am Wertesystem, in: Welt online vom 17.05.2008, Quelle: [http://www.welt.de/welt\\_print/article2004023/Das\\_Darben\\_der\\_Mittelschicht\\_nagt\\_am\\_Wertesystem.html](http://www.welt.de/welt_print/article2004023/Das_Darben_der_Mittelschicht_nagt_am_Wertesystem.html) (Stand 20.03.2009).

<sup>61</sup> so auch Martin Werding, Die Mittelschicht macht reich, in: FASZ vom 14.12.2008.

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen:  
Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
Spendenkonto: 266 9661 04  
Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

Die Initiative „umSteuern – Freiheit braucht Mut!“ verdeutlicht anhand ausgewählter Politikvorschläge einen Gesellschaftsentwurf, der mit einer an freiheitlichen Prinzipien orientierten Politik die bedrängte gesellschaftliche Mitte stärken kann.

Im Zentrum dieser Politikvorschläge stehen ein vereinfachtes, familienfreundliches Steuersystem, ein sozial gerechtes Bürgergeld und eine Verantwortung stärkende Eigentumsbildung.

Die Stiftung für die Freiheit will mit ihrer Initiative Anreize schaffen, statt Ansprüche zu verewigen.

Wir bieten Ihnen:

- Informationen
- Veranstaltungen
- Publikationen
- Meinungen

Im Internet begleiten wir die Initiative mit einer vielseitigen Online-Plattform.

Besuchen Sie uns, informieren Sie sich und machen Sie mit.

**[www.umsteuern.org](http://www.umsteuern.org)**

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Dr. Kerstin Funk  
Karl-Marx-Straße 2  
14482 Potsdam

Tel.: 03 31.70 19-2 36  
Fax: 03 31.70 19-2 16  
[info@umsteuern.org](mailto:info@umsteuern.org)

